

Rückblick mit Ausblick I

Zur Einführung der DM in die DDR
und Ausblick auf die Weiterentwicklung der EU,
der Gefahr für den Euro durch die Art der Bekämpfung
der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

1. Juli 2020

Text 168.1

1 Es ist meine Einübung in den Ausstieg aus der Kommentierung gesellschaftlicher Themen.

Hallo Teilnehmer an der NWO-Mailing-Liste ^{2 3},

heute (30.6. 2020) brachte die Hannoversche Allgemeine Zeitung ein Interview von **Tim Szent-Ivanyi** und **Andreas Niesmann** mit Bundesfinanzminister **Olaf Scholz**.

Für die jüngeren Freunde sind die Einführung der DM in der damals noch bestehenden DDR und die Vereinigung von DDR und BRD schon lange zurückliegende Geschichte, für diejenigen, die das Geschehen erlebt haben und hofften, dass unsere Demokratie und Ökonomie zum Guten hin einen Entwicklungsschub bekommen würde, ist das eine bittere Erinnerung, denn die Ökonomie wurde nicht optimiert und die Demokratie wurde verraten. Die SED verlor ihre Macht und das westdeutsche Parteienkartell (das ist keine rechtsradikale Floskel, sondern war die Grundhaltung der Gründungs-Grünen.) verriet das Grundgesetz und das Demokratieprinzip, das den Deutschen nach Hitler von den Siegern des Zweiten Weltkrieges als eine „heilige“ Regierungsform vermittelt worden ist. Die Erneuerungserwartungen und das Versprechen (bzw. die Anweisung) dass die Deutschen sich eine Verfassung geben, wenn sie vereint zusammen kommen, haben sich in der Wendezeit als Trugschluss erwiesen und es ist auch zu erwarten, dass solche Erwartungen, die mit der Corona-Krise verknüpft werden, nicht berechtigt waren.

Ich zitiere drei Fragen und die dazugehörigen Antworten von Olaf Scholz, die mir besonders aufgefallen sind. Jeweils nach der Antwort schreibe ich meinen Kommentar.

>> „**Mein Respekt ist riesengroß**“

Am 1. Juli 1990 wurde in der DDR die D-Mark eingeführt. Finanzminister Olaf Scholz über die Lebensleistung der Ostdeutschen, Fehler bei der Privatisierung – und die Frage, ob Deutschland anderen Ländern in der Corona-Krise noch stärker helfen müsste.<<

...

HAZ >> Ost-Mark und D-Mark wurden damals für die ersten 4000 Mark im Wechselkurs 1:1 getauscht, obwohl die Bundesbank einen Kurs von 2:1 empfohlen hatte. War das, rückblickend betrachtet, ein Fehler?

Scholz: Nein, dieser Umtauschkurs war völlig richtig. Er war Ausdruck des Respektes gegenüber den Ostdeutschen und ihrer Arbeitsleistung. Sie hat-

2 Ursprünglich hatte ich nur vor den Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste ein paar Zeilen zur Nachrichtenlage des Tages zuzusenden. Dann kam mir aber die Idee, den Text so zu formulieren, dass er auch für andere Zeitgenossen interessant sein kann. Die NWO-Mailing-Liste dient einer kleinen Gruppe von Interessierten an der Freiwirtschaftsschule, um sich über aktuelle Themen gedanklich auszutauschen.

3 Diese Stellungnahme kann weitergereicht werden.

ten genauso wie die Westdeutschen
in ihren Betrieben geschuftet. Etwas anderes als eins zu eins hätten sie
nicht akzeptiert – zu Recht. <<

TA: Vorweg: Ich kenne unseren derzeitigen Bundesfinanzminister Olaf Scholz nur durch die Medien vermittelt. Er macht auf mich einen ordentlichen Eindruck. Ich habe keine Aversionen gegen ihn als Person. Meine Kritik zielt auf sein Währungsverständnis, das er mit der Mehrheit der SPD-Mitglieder teilt. Für die Erweiterung eines Währungsgebietes ist es völlig irrelevant, ob die Menschen in dem Gebiet, das währungstechnisch angeschlossen werden soll (oder wurde) auch fleißig oder faul waren (oder sind). Sind zwei Volkswirtschaften noch im Normalbetrieb, kann ein reelles Austauschverhältnis durch Kaufkraftvergleiche ermittelt werden.

Aber im Fall des Vergleichs zwischen DDR und BRD war das wohl nicht zuverlässig möglich, weil ja schon ökonomische Auflösungserscheinungen der DDR zu verzeichnen waren. Das Austauschverhältnis von 2 DDR-Mark zu 1 BRD-Mark, wie es die Bundesbank vorgeschlagen hatte, wäre wohl richtiger gewesen. Der Kurs von 1 : 1 war also ein Willkommensgeschenk, das die Bundesregierung (abgesegnet durch den Bundestag) den DDRlern zu Lasten der Wessis gemacht hat. Die Inflationsrate, die im Jahr 1989 2,8 % betrug, stieg 1991 auf 3,7 % und 1992 auf 5 %.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4917/umfrage/inflationsrate-in-deutschland-seit-1948/>

Dafür mussten dann die Osis sich gefallen lassen, dass ihre Werkstätten und Kollektivunternehmen, die durch ihr Zwangssparen finanziert wurden, durch die Treuhandanstalt zum Spottpreis verscherbelt wurden. Schon damals offenbarte sich das Demokratieverständnis unserer Politiker als das Recht, beliebig mit dem Einkommen und Vermögen der Bürger umgehen zu dürfen.

Ich übersehe die Schwierigkeiten, die der Vereinigungsprozess mit sich gebracht gar nicht. Was ich kritisiere, ist, dass der Vereinigungsprozess von der BRD aus so geführt wurde, als wäre der Machterhalt der BRD-Parteien das höchste Ziel der westlichen BRD und die Dominanz der Wessis gegenüber den Osis. Auch die Grünen - bei denen ich ein aktives Mitglied war - haben keine gute Rolle im Vereinigungsprozess gespielt.

Westdeutsche Linke waren mehr für eine Beibehaltung der Trennung, aber nicht, weil sie die Interessen der Osis vertraten, sondern weil sie noch immer glaubten, mit einer neuen DDR ein besseres „sozialistisches Modell“ für Gesamtdeutschland entwickeln zu können. Und sie

scheinen ohne eigenes Zutun die Sieger um die künftige Gestalt Deutschlands und Europas zu sein, denn mir scheint, dass das allgemeine Ziel der Politik geworden ist, aus dem vereinigten Deutschland eine bessere DDR zu machen und aus Europa die bessere Ausgabe der untergegangenen Sowjetunion mit der Zentrale in Brüssel statt in Moskau.

Ich war auch für die Beibehaltung der Trennung der beiden Republiken, aber aus einem anderen Grund. Ich dachte, die Wessis sollten nicht einfach die Osis vereinnahmen, sondern die Bürger in beiden Republiken sollten die Zeit haben, sich gegenseitig zu beschnuppern und auch um das bessere Gemeinsame vor ihrer Hochzeit entwickeln zu können. Es war doch die Zeit in der auf beiden Seiten die alten Strukturen und Institutionen hätten reformiert oder abstoßen müssen.

Auf die Themen Währungspolitik und -vereinigung habe ich mich schon im Oktober 1989 eingelassen und mich an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank mit folgendem Schriftsatz gewandt:

- 5.0  [Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik](#) (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*

 - 5.1 [Anlage 1: !\[\]\(bdddf9191a284aa0945448444083c5b0_img.jpg\) Die Giralgelddiskussion in der Zeitschrift DDW, 1989](#) (29 Seiten, 3700 KB)

 - 5.2 [Anlage 2: !\[\]\(944943bcf87a12c5b9337bf7ed1ef546_img.jpg\) Literaturhinweise zum Thema Geld / Thema Bargeld / weitere Geldthemen](#) (35 S., 294 KB)

 - 5.3 [Anlage 3: !\[\]\(77e1e368d53d3ed6ec2a15bf2432e026_img.jpg\) Lexikastichworte: Silvio Gesell von Prof. Popescu und Prof. Stützel](#)
In Memoriam von Prof. Hahn (13 Seiten, 151 KB)

 - 5.4 [Anlage 4: !\[\]\(beb4ee3dc3a91926258601f02c4f4582_img.jpg\) SG-Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen](#) Nr. 9 / 1977 (15 S., 146 KB)

 - 5.5  [Glasnost ... Die Korrespondenz](#) (25 Seiten, 132 KB)
-

Es folgten dann im Hinblick auf die Entwicklung in der DDR folgende Texte:

- 6.1  **Darauf kommt es an!** (108 Seiten, 610 KB)
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990*
- 6.2  **Anhang** (30 Seiten, 204 KB)
- 6.3  **Darauf kommt es an! Teil II** (47 Seiten, 247 KB)
Ergänzungen - Offener Brief vom *16. Februar 1990*
- 6.4  **Darauf kommt es an! - Teil III** (25 Seiten, 162 KB)
Die Währungsunion und Vereinigung der beiden Deutschen Staaten als Wohltat oder als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und als Bankrotterklärung der Demokratie
Offener Brief vom *8. April 1990*

Es sind damals auch vom Seminar für freiheitliche Ordnung, von Elimar Rosenbohm, Dirk Lühr und Werner Onken weitere Arbeiten zur Wende und zu den Chancen, die der Fall des Eisernen Vorhanges mit sich brachte, veröffentlicht worden. Leider haben alle Beiträge eine zu geringe Reichweite gehabt, um eine politische Wirkung erzeugen zu können. Und bedauerlich ist, dass wir heute nach 30 Jahren, wo die Chancen für eine neue Formatierung unserer Gesellschaft (und der Europa-Idee) gegeben sind, nicht so aufgestellt, dass wir eindeutig und klar den Wählern in Deutschland (und Europa) unüberhörbar vermitteln könnten, wie die kulturellen, demokratischen und ökonomischen Institutionen und Strukturen in Deutschland (und Europa) entwickelt werden müssten, um die gleiche Freiheit in sozialer Sicherheit unter Berücksichtigung ökologischer Belange für alle Bürger zu ermöglichen. Weil die Bürger sich ohnmächtig fühlen, ermächtigen sie passiv erdulend ihrer politischen Vertretung zu immer mehr Zentralismus in den gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen und diese Vertretung merkt nicht, dass sie damit gegen sich selbst wirkt und ihre Verurteilung von Regimen wie das der SED oder der Nazis unglaubwürdig wird. Und wir, die es besser wissen müssten, sind in dem Geschehen die Ober-Ohnmächtigen.

HAZ: >> (Deutschland und Frankreich haben ein 500-Milliarden-Euro-Programm für den Wiederaufbau nach Corona vorgeschlagen. Die EU-Kommission fordert 750 Milliarden Euro, Ihr Parteichef Norbert

Walter-Borjans kann sich das vorstellen. Sie auch?

Scholz: 500 Milliarden Euro an Zuschüssen sind schon eine ganz gewaltige Summe. Wenn sich die Staats- und Regierungschefs am Ende darauf einigen können, bin ich zufrieden. Wichtig ist, dass das Geld zielgerichtet für den Wiederaufbau ausgegeben wird und die Konjunktur in Europa in Schwung bringt, dafür braucht es klare Vorgaben. <<

TA: Die Corona-Krise ist für die SPD ein großer politischer Lottogewinn. Die Corona-Krise hat die haushälterische feste Burg in Form der schwarzen Null, die die Schuldenversklavung der geborenen und noch nicht geborenen Kinder verhindern sollte, geschleift. Und das erstaunliche ist, die CDU/CSU, die die Verteidigung der schwarzen Null aufgegeben hat, wird dafür auch von den Wählern belohnt. Es offenbart sich hier aber kein böser Wille der SPD und kein opportunistisch motiviertes Versagen der CDU. Die SPD hat gegen die schwarze Null argumentiert, weil sie noch immer an die Wunder des keynesianischen deficit spending durch Kredit oder Geldschöpfung glaubt, obwohl der eine Weg in die Staatsverschuldung und der andere in die Inflation führt. Dabei sagt unser verstorbener Freund Karl Walker ⁴, der für die SPD in einem Stadtrat saß, dass die Idee des deficit spendings, gar nicht die Idee von John Maynard Keynes war. Und die CDU, die von Beginn an verhindert hat, dass die Wähler über die monetären Wirkungen oder Kräfte, die für oder gegen die Preisniveaustabilität und die Beschäftigung wirken, aufgeklärt wurden, stand hilflos mit leeren Händen da. Die CDU konnte von Glück reden, dass unsere tüchtige Bundeskanzlerin mit ihrer politischen DDR-Sozialisation keine Schwierigkeiten hatte, auf den Zug aufzuspringen, dessen Richtung die SPD bestimmt hat, Ob der steigende Wählerzuspruch für die CDU aber bis zur Bewältigung der Corona-Krise anhält, steht noch nicht fest.

Alle politischen Parteien können sich bei ihren parteipolitisch motivierten Bildungseinrichtungen, die sie mit Griff in die Staatskasse sponsern, dafür bedanken, dass diese die Wähler im Land des währungspolitischen Nichtwissens belassen haben. Es fällt den Wählern daher

4 Walker sagte auch in einem Vortrag vom März 1972:

>>Eine Konjunkturtheorie, die darauf basiert, dass nur ein ständiges Wachstum die Konjunktur aufrechterhalten kann, ist nach meiner unakademischen Einsicht von vornherein eine Katastrophentheorie. - Wachstum ad infinitum gibt es nicht; so etwas ist in der Weltordnung nicht vorgesehen! Folglich steht doch hinter der fixen Idee des konjunkturnotwendigen Wachstums für jeden Unternehmer auch schon das Gespenst der sicheren Krise! - Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich die hektische Betriebsamkeit und mörderische Hast, von der sich viele Unternehmer und Manager vorwärts-peitschen lassen, aus dieser obskuren nationalökonomischen Theorie ableite.

Ich nenne diese Wachstumstheorie eine «obskure» Theorie, denn der wissenschaftliche Auftrag an die Nationalökonomie besteht eben meines Erachtens darin, zu ergründen und aufzuzeigen, wie eine Volkswirtschaft zur optimalen Entfaltung ihrer Möglichkeiten kommen - und im Stadium dieses optimalen Funktionierens in relativer Dauer verharren kann. Dies schließt Wandlungen nicht aus; aber Wandlungen müssen nicht Wachstum sein. << Entnommen aus dem Heft „Zur Krisenlage unserer Wirtschaftsordnung“ Herausgeber: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.

nicht auf, dass der Staat nur das verteilen kann, was er den Bürgern vorher nimmt. Das ist vielleicht überspitzt gesagt, weil selbst in der Wirtschaftswissenschaft zum Teil die Einsicht verloren gegangen ist, dass zur möglichen Kreditgewährung auch ein entsprechendes Sparvolumen (Das besteht aus Ansprüchen auf Güter im Markt, die von Kreditgebern direkt oder indirekt über die Bank auf Zeit an den Kreditnehmer übertragen werden können, weil die Kreditgeber selber ihren Anspruch noch nicht abgerufen haben.)

Weder der Staat noch ein Bürger, kann einen Kredit bekommen, wenn das verleihbare Kreditvolumen nicht vorhanden ist. Und ohne das verleihbare Kreditvolumen kann weder der Staat noch ein Bürger einen Kredit erhalten, wenn er nicht bereit ist, in die Rolle des Geldfälschers oder des Diebes zu schlüpfen .

Die Staaten betätigen sich als Räuber, wenn sie direkt oder indirekt ihre Finanzmittel für Geschenke an die Bürger mit der Notenpresse beschaffen. Und wenn die Europäischen Zentralbank auch nicht mehr als ein Goldesel-streck-dich missbraucht werden kann, sind die EU-Staaten noch nicht sicher davor bewahrt, dass sie durch das übermäßige Anziehen der Steuerschraube nicht in die Rolle der Erpresser ihrer Bürger gleiten.

Selbstverständlich muss auch der angemeldete Kreditbedarf das Zinsniveau nach oben treiben. Und das macht die Einkommens- und Vermögenskonzentration noch größer als sie es sowieso schon ist. Hier wird von den Medien ihren Hörern und Lesern immer noch vermittelt, dass sie durch ein niedriges Zinsniveau betrogen werden, obwohl das Gegenteil richtig ist.

Warum wird den Wählern nicht gesagt, wer die Gläubiger sind, denn diese werden dem Staat keine Kredite geben, wenn sie nicht ihren Vorteil davon haben. Warum wird den Wirtschaftsteilnehmern nicht gesagt, wie viel mehr an Lasten sie in den nächsten Jahrzehnten durch Zins und Tilgung zu tragen haben?

Fortsetzung am 1. Juli 2020

HAZ: >> Was macht Sie so zuversichtlich, dass eine Einigung gelingt? Wir sehen doch gerade bei der Finanztransaktionssteuer, wie schwer eine Einigung auf europäischer Ebene ist.

Scholz: Meine lange Erfahrung in der Politik hat mich gelehrt, zuversichtlich zu sein. Auch bei der Finanztransaktionssteuer bleibe ich beharrlich. Wenn selbst ein so großer Finanzplatz wie London damit zu Recht kommt, sehe

ich nicht ein, warum wir sie in Deutschland nicht einführen sollten. Wer ein Brötchen kauft, muss Umsatzsteuer bezahlen, warum soll das bei Aktien anders sein?

TA: Die Marktwirtschaft ist im Gegensatz zur Zentralverwaltungswirtschaft gegenüber Störungen, die von systemfremden Elementen (der Kapitalismus und der staatliche Interventionismus gehören dazu) erstaunlich elastisch. Nur die Ergebnisse werden für die Bürger in großer Mehrheit nicht besser, wenn der demokratische Staat die Marktwirtschaft nicht von den Verformungen, die der Kapitalismus erzeugt, befreit und die Bürgerschaft nicht von der die Freiheit raubenden Bürokratisierung, die eine Folge des Staatsinterventionismus ist, verschont. Was für ein Virus hat uns Menschen – die zum Mond fliegen können – befallen, dass wir nach unserer Sprache, das zweitwichtigste Verständigungsmittel, das Geld, nicht richtig verstehen und die Wirtschaftsordnung nicht optimieren können? Die Verteufelung unangenehmer und unangemessener Reaktion am rechten und linken politischen Rand durch die politische Mitte können ihr eigenes Versagen und den Mangel an Rationalität ihrer eigenen Politik nicht kompensieren.

Die Finanztransaktionssteuer ist ja nicht wirklich ein Mittel, mit der der Kapitalismus zu bremsen und die Marktwirtschaft von spekulativen Geldbewegungen entlasten werden könnte. Sondern diese Steuer soll doch in der Hauptsache dem nimmersatten Staat noch mehr Verfügungsrechte über das Einkommen der Bürger verschaffen. Die Vorstellung mit der Finanztransaktionssteuer könne man dem Kapitalertrag etwas wegnehmen, ist irrig, denn in der heutigen Situation müsste der Staat das Kapital wieder subventionieren, wenn es sich aufgrund zu geringer Rendite nicht mehr für Investitionen zur Verfügung stellt. Wenn den Parlamentariern wirklich das Wohl der Bürger am Herzen läge, hätten sie sich schon längst mit dem Thema Umlaufsicherung des Bar-Geldes befasst und Sorge für die Einführung dieses Instrumentes der kybernetischen Selbststeuerung der Wirtschaft getragen. Diese Umlaufsicherung würde nicht nur, die Spekulationsgeschäfte an der Börse eindämmen, sondern auch eine Inflationsrate von 0 % ermöglichen. Eine Dauerkonjunktur und ein Absenken des Zins-/Rendite-Niveaus⁵ um den Null-Prozent-Punkt wäre keine Utopie mehr. Die Preisfunktion des Zinses, für die zeitweise Überlassung von Liquidität, bliebe erhalten.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

5 Das wäre eine Entwicklung weg vom Kapitalismus und hin zur Marktwirtschaft.

Heute, am 1. 7. 2020 ist in der HAZ ein großer Artikel von Daniela Vates und Damir Fras mit den nachfolgenden Schlagzeilen zu lesen:

>> Auf zum letzten Gefecht / Selten waren die Erwartungen an die EU-Ratspräsidentschaft so groß: Mitten in der Krise übernimmt Berlin heute den Vorsitz der 27 Staaten. Damit liegt das Schicksal Europas maßgeblich in den Händen zweier alter Weggefährtinnen. <<

Zu lesen ist unter anderem:

>> Am ersten Juli übernimmt Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Präsidentschaft. Seit Monaten hat die Bundesregierung sich auf diese Phase vorbereitet, in der es gilt, eine der Kernkooperationsfragen der EU zu lösen – die mittelfristige Finanzplanung und ein Corona-Wiederaufbauprogramm. <<

Das letzte Gefecht um die Europapolitik mag es für Angela Merkel sein. Aber wenn das Verbindende zwischen den europäischen Staaten nicht verschwinden soll wie im Fall Großbritannien, dann wird es noch viele Gefechte um Kompetenzen und Finanzen geben müssen. Und zwar so lange, bis die Freiheit und der Frieden in und zwischen den Völkern in Europa wirklich ein Zuhause hat. Zur Zeit leidet Europa an den in den Mitgliedsländern praktizierten Zentralismus und Interventionismus, der auf Europa übertragen wird. Dabei streben die beteiligten Mitglieder der EU jeweils eine Form des Zentralismus an, der zugunsten ihrer eigenen Regierung oder Wähler wirkt. Das ist ein Holzweg, der Europa darüber entzweit, wer ihn für sich nutzen darf.

...

Dann wurde sie (Angela Merkel TA) grundsätzlicher:

Dann wurde sie grundsätzlicher: „Europa braucht uns, so wie wir Europa brauchen.“ Es gehe um ein historisches Erbe und um ein Zukunftsprojekt. Europa sei „nicht einfach etwas, das wir besitzen. Es ist etwas, das wir gestalten können und müssen“. Europa, sagt Merkel, sei ein „Versprechen von Freiheit und Gleichheit“ und sie beschwört Fantasie und Gemeinsinn.

Für die Ratspräsidentschaft hat die Bundesregierung das Motto gewählt: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“

Dass die Europäer sich gegenseitig benötigen, ist eine Binsenweisheit wie die, dass sich die Mitglieder in den einzelnen Mitgliedsländern gegenseitig benötigen, um ihre Freiheit zu erlangen und ihre Sicherheit gegenseitig zu ermöglichen. Aber wie gut oder schlecht das gelingt (oder gelingen kann), hängt sowohl vom Menschenbild ab als auch von der Gesell-

schaftsform, die sich die Mitgliedsländer selber geben und die sich die Europäer selber gönnen. Zur Zeit scheint es noch das unbewusste Ziel der nationalen Parlamentarier – einschließlich der Regierungen – und der Europa-Politiker zu sein, jedem Bürger einen Bürokraten zuzuordnen, der ihm sagt, was er zu tun und lassen hat. Und diese Bürokraten werden unerfreulich sein, weil sie sich für das Gebaren der Bürokraten, die sie selber im eigenen Nacken erdulden müssen, das Bedürfnis entwickeln werden, sich zu rächen. Die Europäer sollen wählen gehen, aber vergessen, dass sie selber denken und handeln können. So viel bedürftiger die Menschen gemacht werden, so viel größer können sich ihre politischen Wohltäter darstellen, die ihnen Talmi für Gold andrehen.

Das Europäische Erbe ist die Vielfalt in den Lebensäußerungen der Menschen, die sich in unterschiedlichen Sprachen, Gewohnheiten und auch in unterschiedlichen Wertungen ausdrückt. Die Menschen können sich allgemein in der Mehrheit durchaus als Weltbürger oder Europäer sehen oder fühlen, doch es scheint oder ist in ihnen ebenso stark das Bedürfnis nach Unterscheidung von anderen Menschen vorhanden. Dieses Unterscheidungsbedürfnis zeigt sich in vielerlei Formen und ist auch nützlich um seine eigene Identität in der Masse von Menschen zu begreifen und zu bewahren. Dieses Identitätsbedürfnis richtet auch keinen Schaden an, so lange damit keine Abwertungen anderer Menschen oder Gesellschaften verbunden sind. Jede abweichende Regung als rassistisch oder nationalistisch zu brandmarken, ist kein Gemeinschaft bildendes Verfahren, sondern fördert das, was man angeblich bekämpfen will.

Der Trend alle Lebensäußerungen in der EU zu egalisieren, ist der eigentliche Feind Europas. Und dieser Trend – der nicht durch Gegenpropaganda aufgelöst werden kann - ist auch verständlich, denn die Vielfalt in den Mitgliedsstaaten Europas wie im Gesamteuropa wird heute allzu oft so verstanden, wie ein Eintopfgericht, in den alles geschüttet wird was sich im Umfeld der Küche finden lässt, so, dass hinterher nicht mehr herausgeschmeckt werden kann, welche Zutaten eingebracht wurden. Diese Vielfalt, von der heute meistens gesprochen wird, hat den Charakter von Maisfeldern, in dem jedes abweichende Gewächs mit Unkrautvernichtungsmittel ausgerottet wird.

Europa wird wirklich eine Einheit werden, wenn wir neben der Narren- und Reisefreiheit uns auch die individuelle haftende Gestaltungsfreiheit erringen und die Demokratie nicht nur als Möglichkeit sehen, mittels (oft blinden) Mehrheitsentscheidungen Minderheiten – und letzt-

lich auch die manipulierbaren Mehrheiten – durch die Parteienherrschaft zu entmündigen.

...

Ursula von der Leyen, damals noch Ministerin, nutzte die Lücke und propagierte die Idee von den Vereinigten Staaten Europas. Große Teile der CDU fanden das dann wieder zu viel der Vision – dennoch galt die Niedersächslerin prompt als eine der möglichen Nachfolgerinnen der Kanzlerin.

...

Von der Leyen darf nun auf einen Machtzuwachs hoffen. Denn noch nie durfte die EU-Kommission Schulden aufnehmen. Außerdem könnte die Brüsseler Behörde in den nächsten Jahren fast doppelt so viel Geld wie bislang ausgeben. Ein Quantensprung mitten in der Corona-Krise – vorausgesetzt, die Staats- und Regierungschefs billigen von der Leyens Vorschlag einstimmig. Merkel soll dabei helfen.

Von diesem Mittwoch an sind Merkel und von der Leyen wieder mehr denn je aufeinander angewiesen. Am Donnerstag wird das dokumentiert, mit einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin. ... <<

Die föderative Struktur der Bundesrepublik Deutschland wurde dem westlichen Deutschland nicht nur von den Siegermächten aufgedrückt, weil sie eine neue Machtentfaltung eines deutschen Zentralstaates verhindern wollten, sondern sie wurde auch von den politisch aktiven Deutschen gewählt, weil sie ein großes Maß an Gestaltungsfreiheit in den unteren Gliedern des Staates ermöglicht und Raum für das Subsidiaritätsprinzip⁶ lässt. Aber statt zu klären, wie viel Staat unsere Gesellschaft überhaupt benötigt, um eine freie und demokratische Grundordnung mit haftender Gestaltungsfreiheit der Bürger zu konstituieren und klare Abgrenzungen der Kompetenzen zu schaffen, wurde ein Zerrbild von Föderation entwickelt, die keine klaren Grenzen für den Alltagsdemokraten bei der Kompetenz und der Finanzierung erkennen lässt. Und in diesem Gewusel greift heute auch noch die EU ein. Ein kommunales Parlament kann heute nichts mehr beschließen, ohne vorher abzufragen, welche Auflagen macht uns der Landkreis, die Bezirksregierung, das Land, der Bund und die EU und für was gibt es auf welcher Ebene einen Fördertopf. Und dann muss die Kommune ihre Entscheidungen zwangsweise von der Kommunalaufsicht prüfen lassen. Die Deutschen dürfen nicht auf-

6 >>... Hinter dem Subsidiaritätsprinzip steht, gerade im liberalen Denken, auch ein klares Menschenbild: das des eigenverantwortlichen Individuums. Daraus folgt die Idee eines auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung gegründeten Gemeinwesens und Sicherungssystems. In Deutschland hat das Subsidiaritätsprinzip nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Programmatik christlicher Parteien vor allem auf dem Gebiet der Sozial- und Bildungspolitik eine wichtige Rolle gespielt, es hat sich aber nicht vollständig als allgemeingültiges rechtliches Prinzip durchgesetzt. ... <<
<https://www.wirtschaftundschule.de/wirtschaftslexikon/s/subsidiaritaetsprinzip/>

grund eigener Einsichten und Entscheidungen sich ihr soziales Sicherungssystem und ihre eigene Berufsvertretung wählen, sondern das entscheidet „Vater Staat“ und dass er immer Neues - angeblich zum Besten der Bürger entscheiden darf - dafür sorgt die Parteienherrschaft.

In den anderen Mitgliedsstaaten der EU sieht es heutzutage ähnlich aus. Und nach diesem Muster werden die Vereinigten Staaten von Europa gestrickt bzw. ihre Form angestrebt. Das kann nicht gut gehen, die Idee vom vereinten Europa wird durch diese Gestaltungsabsichten, zum Feindbild der Bürger in allen Mitgliedsstaaten der EU werden.

Wer Europa wirklich als kulturelle, wirtschaftliche und politische Einheit will, muss gegen die freiheitsfeindlichen zentralistischen Tendenzen kämpfen. Europa hat ohne eine saubere föderalistische Struktur und dem Subsidiaritätsprinzip keine Chance auf eine gedeihliche Entwicklung.

Neben dem Artikel, den ich zitiert habe und der sich auf die Seiten 2 und 3 ausdehnt, steht ein Artikel von **Marina Korbaki** mit den folgenden Schlagzeilen und der Einleitung:

Es geht ums Geld – um viel Geld

Ratspräsidentschaft muss mehrere große Aufgaben lösen

Fragt man Politiker und Regierungsbeamte nach ihrem Ausblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, besteht die Antwort oft aus einem Seufzen. Viel zu groß seien die Erwartungen der Europäer an die Bundesregierung, heißt es dann. Doch in die Klagen mischt sich auch ein selbstbewusster Unterton. Denn wo die Erwartungen hoch sind, ist auch das Zutrauen groß. Die Bundesregierung will in den kommenden sechs Monaten versuchen, diesem schmeichelhaften Bild von Deutschland in Europa gerecht zu werden.

Ob die Erwartungen der anderen Mitglieder der EU-Mitglieder schmeichelhaft sind oder ob sie eine Erwartung oder Hoffnung sind, dass Deutschland in der Zeit seiner EU-Ratspräsidentschaft geneigt ist, sich dadurch hervorzuheben, dass es die Spendierhosen anzieht, kann ich nicht beurteilen. Wenn es demokratisch in der EU zugehen soll, kann die befristete Übernahme der Ratspräsidentschaft nur bedeuten, dass der Inhaber der befristeten Ratspräsidentschaft dafür sorgt, dass auch umgesetzt wird, was gemeinsam beschlossen wurde. Und in dem Entwicklungszustand, in dem Europa steckt, sollte nur umgesetzt werden können, was einstimmig beschlossen wurde. Ein Anspruch von Frankreich und Deutschland auf eine gemeinsame Führerschaft in Europa widerspricht den demokratischen Grundgedanken von der

rechtlichen Gleichheit der Bürger und der Staaten und ist genauso wie der Anspruch der USA oder China auf eine Weltführerschaft abzulehnen. Machtpolitisch kann man sagen, dass die hier gemachten Aussagen der traumtänzerischen Art sind. Wer aber so argumentiert, sollte die Vokabel Gleichheit und Demokratie in seinem Wortschatz streichen.

Ein erster Höhepunkt steht bereits in zwei Wochen an. Auf dem – dann wieder physischen – Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs will Kanzlerin Angela Merkel eine Einigung im Streit um das Corona-Hilfspaket der EU erzielen. Gemeinsam mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron legte Merkel im Mai den Vorschlag für ein 500 Milliarden Euro umfassendes Paket mit nicht zurückzahlenden Zuschüssen für jene Länder vor, die von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders hart getroffen sind. Doch unter anderem Österreich und die Niederlande wollen Kredite statt Zuschüsse vergeben. Daher schlägt die EU-Kommission einen Kompromiss vor, der zusätzlich zu den 500 Zuschuss-Milliarden weitere 250 Milliarden an Krediten vorsieht. Die Bundesregierung drängt auf eine rasche Einigung, damit das Geld schnell fließen kann. Dafür will sie den Skeptikern in der EU mit klaren Bedingungen für die Zuschüsse entgegenkommen.

Ich kann hier nicht erkennen, worin der Kompromiss liegt, wenn zusätzlich zu den 500 Zuschuss-Milliarden noch 250 Milliarden an Krediten bei dem Förderprogramm darauf gesattelt werden. Wenn es nur darauf ankommt, dass die beiden Wörter „Zuschuss“ und „Kredit“ in dem Förderprogramm vorkommt, dann ist es ein fauler Kompromiss.

In den Medien werden in den Nachrichten und in den Druckmedien immer nur die 500 bzw. die 750 Milliarden € benannt, die das Förderprogramm haben soll. Diese Zahlen liegen aber außerhalb der Erfahrungswelt der meisten Menschen. Um ein Verständnis für die Größenordnung des Förderprogramms zu bekommen, müssten Vergleichszahlen mit geliefert werden. Auch hier ist zu sagen, Demokratie ist nicht möglich, wenn nur Spezialisten verstehen, was beschlossen wurde und was umgesetzt werden soll. Nützlich wären auch Tabellen, aus den abgelesen werden kann, wie hoch die durchschnittliche Steuerlast der einzelnen Bürger in den EU-Mitgliedsländern vor und nach der Schadensbekämpfung der Corona-Pandemie ist. Es ist nämlich Gift für die EU, wenn die Bürger (egal zu welchem Mitgliedsland sie gehören) das Gefühl entwickeln, sie müssten sich krumm machen für andere, zu denen sie keine emotionale oder geschäftliche Beziehung haben.

Ein anderer Aspekt ist wichtiger. Wir leben in einer Zeit, wo die Bedeutung des Geldes für eine lebensnotwendige Arbeitsteilung gar nicht überschätzt werden kann. Das Gleiche gilt

für die Armut und den Reichtum, für den Frieden und den Krieg und für die Überwindung des Raubbaus an unseren Lebensgrundlagen. Gleichzeitig werden die Themen Geld und Währung⁷ nur in Stammtischmanier verhandelt. Jeder hat mal etwas gehört, jeder hat Erfahrungen mit dem Geld gemacht und jeder fühlt sich daher kompetent für die Beschreibung, was Geld ist und wie es wirkt. Die Stammtischrunde kann auch aus Mitgliedern des Bundestages oder einer Fakultät der Wirtschaftswissenschaft bestehen. In der zuletzt genannten Runde können auch solche Mitglieder sitzen, die felsenfest behaupten, für die Kreditgewährung bedürfe es nicht eines vorherigen Sparens. Das ist so, als wolle sich einer seine Frühstücksbrote mit Marmelade, Käse und Wurst belegen und diese Auflagen aus einem total leeren Kühlschrank holen. Ich formuliere diese Sätze nicht als einer, der den totalen Durchblick hat, sondern nur als einer dessen Einsicht soweit reicht, dass er wahrnehmen kann, dass in dieser Beziehung sowohl in der Exekutive, der Legislative und den Wirtschaftswissenschaften die größte Schlamperie herrscht, die uns schon zwei Weltkriege beschert haben und mit Verantwortlich sind für das heutige Elend in der Welt.

Wenn ein Bürger einem Freund oder einem armen Teufel Geld geben will, muss er erst einmal bedenken oder nachschauen, ob er das Geld – unter Berücksichtigung seiner geldlichen Verpflichtungen – hat. Wenn nicht, kann er prüfen, ob jemand oder eine Bank ihm einen Kredit gibt oder ob er auf die Schnelle irgend ein Gut verkaufen kann, das ihm das Geld einbringt, das er weiterreichen möchte. Wenn hier zweimal ein Nein das Ergebnis ist, kann er es noch mit einem **Bankraub** versuchen. Dieser Versuch sollte aber kein gutes Ende nehmen. Der Staat hat es da etwas leichter. Hat er das Geld nicht in der Kasse, kann er kraft seiner Steuerhoheit, den Bürgern in die Geldbörse greifen. Die Bürger werden vielleicht murren, wenn die Begründung für den „**Bürgerraub**“⁸ nicht einsichtig ist, aber kein Staatsanwalt wird bei dem Finanzminister vorstellig. Die andere Methode besteht in dem „**indirekten Bürgerraub**“. Hier verschuldet sich der Staat, den Bürgern tut es nicht gleich weh, darum murren sie auch nicht gleich. Und wenn später die Last für Zins- und Tilgung den Bestand in der eigenen Geldbörse verringert, sind die Gründe dafür gar nicht mehr in Erinnerung und die Last wird als schicksalhaft ge- oder ertragen. Der Staat handelt kriminell, wenn er das Währungssystem knackt und Geld per Druckerpresse und Prägemaschine beschafft, für die keine Güter im Markt sind, die der Münze und dem gedruckten Geldschein ihren Wert ge-

7 Geld und Währung sind nicht zwei Begriffe, die verschiedenen Dinge bezeichnen, sind aber auch keine Synonyme für eine identische Sache. Der Begriff Geld bezieht sich auf das konkrete Tauschmittel und die Währung auf das System, in dem das Geld als Tauschmittel generiert wird.

8 Analog zum Bankraub. Beim Bürgerraub wird nicht die Person geraubt, so wie bei Bankraub auch nicht das Gebäude geraubt wird.

ben. Zweimal hat der deutsche Staat im vorigen Jahrhundert diesen Raub bis zum Exzess getrieben, so weit, bis das Geld seine Tauschmittelfunktion verlor und damit durch die ungesetzlichen Vermögensübertragungen und -verluste die sozialen Strukturen zerstörte. Die Vorgänge werden meistens so beschrieben, als seien sie schicksalhaft wie eine Naturgewalt, für die niemand etwas könnte. Die Zusammenhänge sowohl für die Ursachen und Folgen einer starken Inflation wie auch der Deflation waren damals aber schon bekannt und das Wissen war für jeden zugänglich, der sich bemühte. Es geht mir nicht um die Verteufelung der verantwortlichen Akteure aus vergangener Zeit. Es ist auch nicht das einzige Mal, dass eine Gesellschaft gedanklich kollektiv in die Irre gegangen ist. Mich macht nur traurig, dass die Ursachen und Wirkungen im Währungsgeschehen nach den bitteren Erfahrungen, die die Deutschen damit gemacht haben, auch heute noch einfach ignoriert werden und nicht mit Hochdruck sachlich und wissenschaftlich geklärt werden. Die Politiker, die bei jeder Gelegenheit den Deutschen ihre Schuld am Holocaust zelebrieren, verhalten sich heute genauso, wie jene in der Weimarer Republik, die das Volk in die Verzweiflung und damit in den Nationalsozialismus getrieben haben. Die Geschichte wiederholt sich nicht, sagt man, aber das schließt nicht aus, dass das, was auf uns zukommt, schlimmer werden kann, als das was unsere Großeltern und Eltern erleben mussten. Das ganze Palaver – das zu hören und lesen ist - über den neuen Rechtsextremismus, erscheint mir als eine Ablenkung von dem eigenen Versagen in der Politik zu sein.

Das Corona-Hilfspaket ist nicht der einzige Konflikt, bei dem es ums Geld geht. Rasch muss auch das Budget der EU für die nächsten sieben Jahre beschlossen werden. Wer zahlt wie viel in den EU-Haushalt ein? Und wer bekommt wie viel wofür? Die EU-Kommission plant mit einem Haushalt in Höhe von 1,1 Billionen Euro. Nach dem EU-Austritt Großbritanniens muss die Last unter den Nettozahlern neu verteilt werden. Merkel will das Budget der EU zudem stärker als bisher an zwei Prioritäten ausrichten: an der Bekämpfung des Klimawandels und der Forcierung der Digitalisierung. ...

Der Umfang des EU-Haushaltes, der Streit darum, wer was zu zahlen hat und wer etwas erhält und das Streben nach einer europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik mit eigenen Ministern zeigt, dass die Politik in der EU auf den Weg in die Zentralverwaltungswirtschaft ist. Jeder Bürger aus den EU-Mitgliedsländern der ein Amt oder Mandat in Brüssel oder Straßburg erhält, kopiert nur, was bei ihm zu Hause in der Politik läuft. Und dieser Trend hat so viel Vorschub, weil so viele Funktionäre in gehobener Position die Hoffnung hat, dadurch in Brüssel ganz groß herauszukommen. Alles was zu den Bedingungen der Freiheit und der

Selbstorganisation einer Gesellschaft geschrieben und gesagt wurde, scheint vergeblich gewesen zu sein. Mein Eindruck von der Mehrheit unserer Politikvertretung ist, dass das Schicksal es mit ihnen gut gemeint hat. Ich schätze, in einer anderen Zeit an einem anderen Ort geboren, wären sie sicher auch unter dem Hammer und Sichel oder unter dem Hakenkreuz marschiert und versetzt nach China, würden sie auch nur abnicken, was die antidemokratische kommunistische Partei befiehlt.

Das, was die EU für die Mitgliedsländer leistet, ist in Wahrheit eine Entmündigung ihrer Mitgliedsstaaten und deren Regionen und letztlich auch der Europäer als individuelle Personen, denn alles, was sie an Förderung gibt, muss sie vorher (wie beim Verhältnis Bürger Staat) den Staaten und damit den Regionen und Bürgern nehmen. Das erzeugt hohe Umverteilungskosten und bewirkt eine Bürokratisierung der politischen Gestaltung in den Regionen und Gemeinden. Diese Art Politik macht alle EU-Bürger zu Befehls- und Almosenempfängern. Die Marktwirtschaft, die in den Politikerreden noch erwähnt wird, wird dabei sabotiert und der Kapitalismus nicht angetastet, denn alles was diese Art Politik bewirkt, muss heute aus dem Arbeitseinkommen der Bürger finanziert werden. Der Kapitalismus trägt wie Siegfried, die Sagengestalt ein Hornkleid, das ihn unverletzlich macht. Die Schwachstelle Siegfrieds zwischen den Schulterblättern wäre beim Kapitalismus die Hinzufügung eines Antriebs, der das Geld ununterbrochen zum Fließen bringt. Weil die marxistisch geschulten Linken und die oberflächlichen Liberalen nicht verstehen oder aus ideologischer Bindung nicht verstehen können, müssen die Menschen in aller Welt mit den negativen Wirkungen des Kapitalismus leben. Und diese negativen Wirkungen des Kapitalismus, denen gegenüber sich die Menschen ohnmächtig fühlen, ist wiederum die Ursache dafür, dass sie bereit sind ihre Unabhängigkeit und Mündigkeit durch die Flucht in die scheinbare Sicherheit, die ein omnipotenter Staat bietet, aufzugeben oder gar nicht anzustreben.

Nachfolgend formuliere ich mal, was ich für ein gedeihliches und erfreuliches Europa für wichtig halte. Zu beachten ist, dass ich die Überlegungen nicht für ein Parteiprogramm formuliere und ich mich auch nicht als Gesetzgeber fühle. Es ist nur eine gedankliche Übung, die alle machen sollten, die sich um den Bestand und die Erweiterung der Europäischen Union Sorgen machen. Es genügt einfach nicht, was die Parteien einem servieren, zustimmend, murrend oder ablehnend abzunicken, denn Europa wird nie etwas Ansehnliches, wenn nicht wenigsten 10 % seiner Bürger, die unabhängig von Parteien und Verbänden denken können, Sich an der Suche nach einer optimalen Form beteiligen.

Ein vereintes und freies Europa braucht nicht viel:

- a) Die Freizügigkeit (Aufenthaltsrecht, Niederlassungsrecht, Erwerbsrecht) für alle EU-Bürger in allen Mitgliedsstaaten unbegrenzt gilt.

- b) Dass jeder Bürger seinen Bildungsweg und Ort selber wählen kann. Damit das nicht ein theoretisches Wahlrecht bleibt, werden die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsländer angehalten, die Finanzierung der Erziehung und Bildung von der Geburt bis zur Volljährigkeit über ein individuelles aber gleiches Bildungsguthaben zu ermöglichen.

- c) Dass das Berechtigungs(un)wesen auf ein erträgliches Maß gekappt wird.

- d) Dass jeder Bürger im Regelfall nur auf Leistungen aus den Sozialversicherungen einen Anspruch hat, für die er durch eigene Einzahlungen Anrechte erworben hat;⁹ Jeder EU-Bürger kann seinen Anspruch an ein soziales Sicherungssystem in ein beliebiges anderes EU-Land mitnehmen.

- e) Alle Zölle werden (oder bleiben) im EU-Innen-Verhältnis auf 0 % gesetzt.

- f) Um eine Wettbewerbsverzerrung zwischen Mitgliedsstaaten zu vermeiden, müssen diese ihre Steuern so gestalten, dass der Anteil der Mehrwertsteuer die Endverbraucher etwa in gleicher Höhe belastet.¹⁰

- g) Das EU-Parlament und Rat sorgen mit Generalklausel für ein Mindestmaß an gemeinsamen Schutzrechten für die Umwelt, greifen aber sonst nicht in die Gestaltungsrechte der Mitgliedsstaaten und deren Untergliederungen ein.

9 Das ist erforderlich zur Rückgewinnung der Selbstbestimmung der Bürger und zur Abwehr von Wanderungsbewegungen aufgrund von zu hohen Differenzen zwischen den nationalen sozialen Sicherungssystemen. Unser deutsches soziales Sicherungssystem in Form der Zwangskollektive kann nichts an den ökonomischen Verwerfungen durch den Kapitalismus ändern. Und das Elend außerhalb der EU muss mit anderen Mitteln abgebaut werden. Auch muss verhindert werden, dass die politischen Parteien das soziale Sicherungssystem weiterhin als eine Vermögensmasse deuten können, die ihr nach Belieben für politische Manöver zur Verfügung stehen.

10 Mir liegt eine Arbeit von Karl Walker mit dem Titel „Millarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer“ aus dem Jahr 1972 vor. Es ist eine Untersuchung über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der MWSt. Walker stellte damals gravierende Fehler in der MWSt-Konstruktion fest. Ich habe bis heute keine Widerlegung seiner Aussagen zu Gesicht bekommen.

h) Alle Europäer haben das Recht ihre Muttersprache zu sprechen und zu bewahren. Und alle EU-Bürger können sich an einer Urabstimmung über Wahl einer gemeinsamen Sprache beteiligen. ¹¹

i) Die Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU erhalten für eine Reform des in ihren Bereich geltenden Bodenrechtes, das in der Regel gegen die Allgemeinen Menschenrechte verstößt und eine wesentliche Ursache für die Spaltungen der Gesellschaften in Arme und Reiche sind, vom EU-Parlament eine auffordernde moralische Unterstützung.

Die unvermeidbare anfallende Bodenrente, die für die einzelnen Parzellen eine unterschiedliche Höhe hat, wird dadurch ökonomisch neutralisiert, dass sie ohne Rechtsbruch in einer optimalen Form abgeschöpft und unter jenen EU-Bürgern, deren Länder sich an dem Vorhaben beteiligen, als Ausgleichseinkommen für die unterschiedliche Inanspruchnahme des Bodens, pro Kopf ausgezahlt wird. Die Rente aus den unterschiedlichen Bodenschätzen wird abgeschöpft und dient dem Finanzausgleich der Mitgliedsländer. (Ziel: weltweite Anwendung.) Die Nutzung des Luftraumes und der Meere müssen einen Preis für die Nutzung erhalten, damit die Emissionen mit schädlichen Fremdstoffen, durch Lärm und die Überfischung gestoppt werden.

j) Das System der Europäischen Zentralbanken, der Europäischen Zentralbank (EZB) und für uns Deutsche die Bundesbankwährung bedürfen der besonderen Beachtung. Das Währungssystem muss so gestaltet werden, dass es auch EU-Mitgliedern, die nicht der Währungsunion angehören, leicht fällt, dort Mitglied zu werden. Wenn Europa ein demokratischer Staatenbund sein soll, ist darauf zu achten, dass das Währungssystem so gestaltet wird, dass wenigstens 80 % der EU-Bürger es verstehen können und dass die Europäische Zentralbank keinerlei Mandat behält für Aktivitäten mit einem legislativen oder exekutiven Charakter, sondern die Form einer staatlichen Behörde bekommt, dessen Leiter und Mitarbeiter an einem Regelwerk¹² gebunden sind, wie die Bediensteten in Stellwerken

11 Die Zustimmungen zu einer Sprache, als das gemeinsame Verständigungsmittel sollte wenigstens eine Dreiviertelmehrheit erreichen. Es ist durchaus möglich, dass sich das Englisch dabei durchsetzt. Aber die schleichende Einführung einer gemeinsamen Sprache durch die Politik ist eine Entwertung der Demokratie und kann sich als ein Konflikt entwickeln, der Europa ins seine Teile auseinander sprengt.

12 Und dieses Regelwerk zu beschließen, ist nicht die Aufgabe einer vereinigen nationalen Bürokratien, sondern der beteiligten nationalen Parlamente. Aber vorher muss der Nebel um das Geld sich lichten.

bei Eisenbahnen.

Wer die Nachrichten über die Wirtschaft und Währung verfolgt, kann schnell herausfinden, dass der Euro, der als ein einendes Band der EU-Mitgliedstaaten werden sollte, in Wirklichkeit die Europäer eher auseinandertreibt, als zusammenführt. Das liegt nicht an dem Euro als Einheitswährung für verschiedene Volkswirtschaften, sondern an seiner fehlerhaften Konstruktion. Die besondere Verständigungsschwierigkeit über das Thema Euro liegt darin, dass es kein einheitliches und wissenschaftlich stichhaltiges Wissen über das Geld und die Währung gibt und zwar weder in der Wirtschafts- und Währungspolitik, noch in der Wirtschaftswissenschaft und in der journalistischen Berichterstattung. Überall werden nur Meinungen über das Geld ausgetauscht. Und das Wissen über Geld und Währung, was Silvio Gesell uns vermittelt hat, wird nicht auf seine Brauchbarkeit hin überprüft und diejenigen, die darauf hinweisen, werden so abgefertigt, wie eine verbohrt unbedeutende religiöse Sekte.

Auf der Grundlage in die Einsicht in das nicht beachtete, aber vorhandene Wissen skizziere ich in einer späteren Arbeit eine Zentralbank, die auf das für die Preisniveaustabilität und für die Konjunktur erforderliche Maß gestutzt werden kann. Eine Zentralbank hat danach keine Bank der Regierungen und kein Mitspieler im Devisenmarkt zu sein. Die Zentralbank kann danach keine Aufsichtsbehörde der Geschäftsbanken sein und ist auch nicht ihre Refinanzierungsbank. Ebenfalls stehen den Zentralbanken in der Marktwirtschaft keine systemwidrigen Einwirkungsrechte in den Kreditmarkt zu. Wenn die Zentralbank Geld in Form von Krediten emittiert, dann nur in dem Umfang, wie eine Geldmengenvermehrung für die Vermeidung von deflationistischen Tendenzen und Stabilisierung des Preisniveaus erforderlich ist.

- k) 1. Die europäische militärische Verteidigung wird auf das Maß reduziert, die zur Abwehr direkter, militärischer Angriffe von außerhalb der europäischen Gemeinschaft auf ihre Grenzen / Territorium erforderlich ist. Auf eine Verteidigung, die mehr zerstört als schützt, wird verzichtet.
2. Erschlossen und ausgebaut werden nichtmilitärische Verteidigungsformen. Dazu gehören auch die Einübung des passiven Widerstandes und der psycho-

logisch richtige Umgang mit Aggressoren. Hier gehört auch die von den betroffenen Empfängerländern gewünschte Hilfe zur Selbsthilfe durch Berufsbildung und Aufbau von wirtschaftlichen Strukturen, die weder kapitalistisch noch „sozialistisch“ sind, sondern wirklich marktwirtschaftliche genannt werden können. (Diese Hilfe hat humanitäre und ökonomische Aspekte. Sie wäre auch eine Maßnahme gegen die Entwicklung unerwünscht großer Wanderungsbewegungen allgemein und nach Europa.)

3. Aus 1. und 2. wird eine europäische Einheit gebildet, die zusammen im Rahmen einer Anforderung aus dem jeweils betroffenen Land oder eines UN-Mandates befristet Polizeiaufgaben übernehmen können.

L) Europa trägt zur Entwicklung einer internationalen Friedenspolitik bei und beginnt damit, die ökonomischen Konfliktherde in Europa zu erkennen, zu benennen und aufzulösen. Dabei emanzipiert sich Europa aber von den USA, strebt nach einem Ausgleich mit Russland ohne gegenseitige Bevormundung. Dazu gehört auch, dass sich Europa nicht in einseitiger Abhängigkeit von China begibt und die Kontakte zu den weiteren Staaten auf unserem Globus ausbaut.

M) Und wenn hier als letzter Punkt genannt wird, dass wir eine Europäische Verfassung durch die Bürger und nicht durch Regierungsbürokraten dringend benötigen, dann ist das kein Posten, der nur zur Erinnerung an einen Mangel aufgeführt wird, sondern um dem Baum *Demokratie* neue Wurzeln zu geben, damit die Äste und Blätter wieder mit Lebenskraft versorgt werden. Hier ist aber noch harte Arbeit zu leisten, wenn die Europäische Union nicht dadurch scheitern und auseinanderbrechen soll, dass der Gesamtheit und ihren einzelnen Mitgliedern immer mehr ein bürokratischer Zentralismus übergestülpt wird. Ein europäischer Zentralstaat und die Idee von den vereinigten europäischen Gesellschaften der Freien ist ein Widerspruch in sich.

- TA -